

## **Antrag**

**der Abgeordneten Heike Hänsel, Annette Groth, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Menschenrechte in Kolumbien auf die Agenda setzen – Freihandelsabkommen EU-Kolumbien stoppen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Europäische Kommission (EU) steht kurz vor dem Ziel, mit Kolumbien, Peru und der zentralamerikanischen Ländergemeinschaft SIECA Assoziierungsabkommen zu schließen, die nicht nur die weitgehende Liberalisierung des Güterhandels umfassen. Die Vorschläge zur Liberalisierung der öffentlichen Beschaffungsmärkte und für das Wettbewerbsrecht sowie für den Investitions- und Patentschutz zielen auf fundamentale Eingriffe in die Ordnungspolitik dieser lateinamerikanischen Länder.

Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, die die ungleiche Entwicklungen der Wirtschaftsstrukturen fördern und die bestehende neoliberale Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländer als Rohstofflieferanten weiter vertiefen, laufen einer Entwicklungspolitik zuwider, die eine gerechte Wirtschaftsordnung unter Einbeziehung der Interessen der Bevölkerungen des Südens als Ziel hat.

Gewerkschaften, soziale Bewegungen und Menschenrechtsorganisationen treten gegen den Abschluss eines solchen Abkommens auf, weil es die derzeitige Politik der kolumbianischen Regierung legitimieren und keinen Beitrag zur Verbesserung der Menschenrechte leisten würde. Der US-Kongress und das kanadische Parlament haben kürzlich die Ratifizierung ähnlicher Abkommen ihrer Länder mit Kolumbien aufgrund der schlechten Menschenrechtssituation in Kolumbien gestoppt. Ebenso haben das norwegische Parlament und die norwegische Regierung es abgelehnt, ein Freihandelsabkommen mit Kolumbien zu ratifizieren.

Im Rahmen der Verhandlungen mit Kolumbien spielen Menschenrechte für die Europäische Union und Deutschland eine untergeordnete Rolle. Obwohl die EU in internen Sitzungen Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien bedauert, blieb die Kritik an der kolumbianischen Regierung seitens der Bundesregierung und der EU aus. Das gilt insbesondere für die Verstrickung der Regierung Uribe Velez mit paramilitärischen Strukturen, die ihren Einfluss bis ins kolumbianische Parlament ausgebaut haben.

Der Besuch einer spanischen Delegation in Kolumbien und ihre Schlussfolgerungen (23. bis 30. Januar 2010) und der von Human Rights Watch Anfang Februar 2010 veröffentlichte Bericht für die Jahre 2007 bis 2009 bestätigen die schwierige Lage der Menschenrechte in Kolumbien für alle Bevölkerungsgruppen und insbesondere für Gewerkschafts- und Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten.

In Kolumbien existiert ein innerer sozialer, politischer und bewaffneter Konflikt, der zu einer systematischen Verletzung der Menschenrechte durch alle bewaffnete Akteure führt. Die kolumbianische Armee und Polizei sind dabei Teil des Problems und für systematische Menschenrechtsverletzungen, wie extralegale Hinrichtungen von Zivilisten, verantwortlich. Die Zivilbevölkerung ist das Hauptopfer des Konfliktes, da sie gewaltsam und in zunehmendem Maße von Seiten der verschiedenen Parteien in den Konflikt hineingezogen wird. Insbesondere gehören sexualisierte Gewalt gegen Frauen, Gewalt gegen Minderheiten und die Verwicklung von Minderjährigen in Kriegshandlungen zum Alltag dieses Konfliktes.

Die Unabhängigkeit der Justiz, als Grundlage des Rechtsstaates, wird nicht respektiert. Der Oberste Gerichtshof wird ständig von Regierungsinstanzen angegriffen, seine Richter sind Verfolgung, Drohungen und Telefonüberwachung ausgesetzt und es wird versucht, sie öffentlich zu diskreditieren.

In Kolumbien ist es lebensgefährlich, gewerkschaftlich aktiv zu sein; im Jahre 2009 wurden 40 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ermordet. Gewerkschaftsführer werden systematisch verfolgt, willkürlich festgenommen und daran gehindert, gewerkschaftliche Organisationen zu gründen. In der Konsequenz sind weniger als 5 Prozent der kolumbianischen Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert und weniger als 2 Prozent profitieren von Tarifverträgen.

Die Verteidigerinnen/Verteidiger der Menschenrechte werden stigmatisiert und angeklagt, Verbindungen zu aufständischen Gruppen zu haben, was ihr Leben in Gefahr bringt, sobald sie ihr legitimes Recht, für die Menschenrechte zu arbeiten, ausüben.

Das Problem der ungleichen Landverteilung ist ein zentrales Element im kolumbianischen Konflikt, ca. 5 Prozent der Bevölkerung besitzen 80 Prozent des bebaubaren, fruchtbaren Landes. Zwei Drittel besitzen umgekehrt nur 5 Prozent des Bodens. Mehr als 4 Millionen Menschen wurden und werden als Konsequenz des bewaffneten Konfliktes und der Interessen transnationaler Unternehmen, die von der kolumbianischen Regierung geschützt werden, gewaltsam vertrieben. Vor allem Bauern, Indigene und afrokolumbianische Gemeinden sind davon betroffen. Die Verlängerung des bewaffneten Konfliktes hat zu einem schrittweisen sozio-ökonomischen Zerfall und weiterer sozialer Ungerechtigkeit geführt.

Die kolumbianische Regierung bietet keine wirksamen Ansätze zur Lösung des bewaffneten inneren Konfliktes an. Sie setzt weiter auf Gewalt und diskreditiert regelmäßig Bemühungen zivilgesellschaftlicher Organisationen wie z. B. der „Kolumbianerinnen und Kolumbianer für den Frieden“, die den Konflikt auf dem Verhandlungswege zu überwinden versuchen.

Der Abschluss eines Militärvertrages zwischen der kolumbianischen und US-Regierung, der die Nutzung von sieben Militärbasen durch die US-Streitkräfte auf kolumbianischem Territorium vorsieht, militarisiert Kolumbien und die Region zusätzlich, dreht an der Aufrüstungsspirale der verschiedenen südamerikanischen Streitkräfte und bedroht direkt das Nachbarland Venezuela und die von Venezuela unterstützten regionalen Integrationsbestrebungen.

Die demokratischen Entwicklungen in Ländern wie Ecuador, Venezuela, Uruguay oder Bolivien und die Anstrengungen lateinamerikanischer Regierungen, alternative solidarische Wirtschaftsbeziehungen aufzubauen, dürfen nicht durch die voranschreitende Militarisierung auf dem Subkontinent gefährdet werden. Lateinamerika darf kein neuer kriegerischer Schauplatz eines längst überwunden geglaubten ideologischen Konfliktes der Systeme werden.

Vor dem Hintergrund der Verhandlungen zum Freihandelsvertrag zwischen der Europäischen Union und Kolumbien, der spanischen EU-Ratspräsidentschaft und des EU-Lateinamerika-Gipfels, der im Mai 2010 in Madrid stattfinden wird, ist es von höchster Bedeutung, dass die Menschenrechte in Kolumbien auf der deutschen und europäischen Politikagenda stehen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- innerhalb der Europäischen Union für die Beendigung der laufenden Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen mit Kolumbien einzutreten;
- sich dafür einzusetzen, dass der Frage der Menschenrechte oberste Priorität in der Außenhandelspolitik der Europäischen Union zukommt;
- die kolumbianische Regierung anzuhalten, die bei der Internationalen Arbeitsorganisation verankerten und international anerkannten Arbeits- und Vereinigungsrechte für Arbeitnehmer zu garantieren und effektiv für die Einhaltung international anerkannter Menschenrechte in Kolumbien zu sorgen;
- darauf zu drängen, dass die Konfliktparteien die von den Vereinten Nationen in Bezug auf den kolumbianischen Konflikt verabschiedeten Resolutionen erfüllen und nach einer Verhandlungslösung für den bewaffneten inneren Konflikt suchen;
- innerhalb der Europäischen Union dafür einzutreten, dass die Verhandlungsziele der Europäischen Kommission in Verhandlungen mit Ländern oder Ländergruppen des Südens im Sinne solidarischer Wirtschaftsabkommen verändert werden, die das Recht auf Entwicklung und die Förderung sozialer und ökologischer Rechte der Bevölkerung über die Kapitalinteressen der europäischen Länder stellen;
- sich für eine Entmilitarisierung der Region und den Abzug des US-Militärs aus Kolumbien einzusetzen.

Berlin, den 15. März 2010

**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**

